

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Sören Bartol, Dr. Herta Däubler-Gmelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/3323 –**

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

Eine neue Ernährungs-Bewegung für Deutschland

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/3324 –**

zu der Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

Eine neue Ernährungs-Bewegung für Deutschland

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Heinen, Julia Klöckner, Peter H. Carstensen (Nordstrand), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/3310 –**

Über-, Fehl- und Mangelernährung wirksam bekämpfen

A. Problem

Zu den Nummern 1 und 2

Die Antragsteller haben zur Erklärung der Bundesregierung zu dem Thema „Eine neue Ernährungs-Bewegung für Deutschland“ Entschließungsanträge eingebracht, die sich auf die entsprechende Initiative beziehen. Die Anzahl von übergewichtigen Kindern und Jugendlichen erfordere eine breite gesellschaft-

liche Aktion zur Änderung der Ernährungs- und Lebensgewohnheiten, um den Trend der ständig steigenden Zahlen chronischer, ernährungsbedingter und auf Bewegungsmangel beruhender Krankheiten zu stoppen.

Zu Nummer 3

Die Antragsteller fordern in ihrem Antrag Fehlentwicklungen durch Über-, Fehl- und Mangelernährung zu bekämpfen, da falsche Ernährung immer häufiger die Ursache für Krankheiten sei. Durch eine einheitliche Strategie zur Bekämpfung der Über- und Fehlernährung sowie Förderung körperlicher Aktivitäten könne verhindert werden, dass negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen zur dauerhaften körperlichen Beeinträchtigung führten und in diesem Zusammenhang entstehende Kosten das Gesundheitswesen und somit die Volkswirtschaft belasteten.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 15/3323 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu den Nummern 2 und 3

Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 15/3324 und 15/3310 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag – Drucksache 15/3323 – anzunehmen,
2. den Entschließungsantrag – Drucksache 15/3324 – abzulehnen,
3. den Antrag – Drucksache 15/3310 – abzulehnen.

Berlin, den 29. September 2004

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatterin

Ursula Heinen
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Ursula Heinen, Ulrike Höfken, Hans-Michael Goldmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 114. Sitzung am 17. Juni 2004 die Anträge – Drucksachen 15/3323, 15/3324 und 15/3310 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung überwiesen.

Die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 15/3323 und 15/3324 wurden zusätzlich an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

In dem Entschließungsantrag wird festgestellt, dass Übergewicht das Ernährungsproblem Nummer 1 darstelle und negative Auswirkungen auf die Lebensqualität, auf das Sozialverhalten und die Leistungsfähigkeit – besonders bei Kindern und Jugendlichen – bedeute. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) seien weltweit rund 1 Milliarde Menschen übergewichtig – das sei ein Sechstel der Weltbevölkerung. Vor diesem Hintergrund habe die WHO am 22. Mai 2004 in Genf mit der beschlossenen „Globalen Strategie für Ernährung, körperliche Aktivität und Gesundheit“ die Bekämpfung von ernährungsbedingten Krankheiten zur offiziellen Politik erhoben und die Mitgliedstaaten aufgefordert, Strategien zu entwickeln, die die Risiken und Häufigkeiten von ernährungsbedingten Krankheiten reduzieren sollen. Die gesellschaftlichen Folgekosten von Fehlernährung lägen zwischen 5 und 10 Prozent der gesamten Gesundheitskosten und würden die Volkswirtschaft damit zusätzlich belasten. Neben falscher Ernährung seien Bewegungsmangel sowie sozioökonomische Gründe eine wesentliche Ursache. In zunehmendem Maße seien gerade auch junge Menschen betroffen, da ihre Freizeitgewohnheiten sich verändert hätten. Dies belaste das Wohlbefinden und damit vielfach auch die Lernfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Spielerische Bewegungen, regelmäßiger Sport, ausgewogene Ernährung und gesunder Lebensstil sollten deshalb schwerpunktmäßig in den Tagesabläufen vorgesehen werden.

Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert,

- Eltern, Kindergärten, Schulen, Ärzte, Krankenkassen aber auch die Lebensmittelindustrie und die Werbewirtschaft in die neue Ernährungsbewegung zur Verbesserung des Ernährungswissens und der Bewegungsförderung einzubeziehen,
- eine ressortübergreifende Strategie zur Prävention ernährungsbedingter Krankheiten und entsprechender Verbraucheraufklärung zu entwickeln,
- sich gemeinsam mit den Ländern dafür einzusetzen, dass der Schulsport auch unter Gesundheitsaspekten gestärkt werde sowie

- sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die europäische Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Aussagen über Lebensmittel möglichst zügig beraten und verabschiedet werde.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Entschließungsantrag verwiesen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller verweisen ebenfalls auf den Bericht der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahr 2003, der 2004 zu entsprechenden Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, an die staatlichen Organisationen und an die Wirtschaft geführt habe, den Trend der ständig steigende Zahl chronischer, ernährungsbedingter Erkrankungen zu stoppen. Das soziale Umfeld, die häusliche und familiäre Situation, ein niedriges Einkommen sowie eine vielfache hohe Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit und eine mangelhafte Bildung seien für das Vorkommen von Übergewicht entscheidend. Diese Umstände führten vielfach zu einem insgesamt gesundheitlich problematischen Lebensstil, der sich vor allem auch in einer mangelnden körperlichen Bewegung im Kindes- und Jugendalter zeige.

Die Anstrengungen der Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft, mit einem verminderten Angebot an kalorienreduzierten Produkten, einer verstärkten Ernährungs- und Verbraucherinformation und einer Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten zur Erforschung der Ursachen und Möglichkeiten der Prävention von Übergewicht müssten konsequent fortgesetzt werden. Durch die gesundheitsbezogenen Kosten entstehe zudem ein volkswirtschaftlicher Schaden, der nicht außer Betracht bleiben dürfe.

Die Bundesregierung wird daher u. a. aufgefordert,

- neben dem gesetzlichen Verbraucherschutz verstärkt Eigeninitiative, Wettbewerb und Marktoffenheit zu fördern, da sachliche Informationen, Aufklärung und Wettbewerb die wesentlichen Elemente der Verbraucherpolitik seien,
- sich für eine grundlegende Überarbeitung der Vorschläge der EU-Kommission über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben sowie für eine einheitliche europäische Verbraucherpolitik einzusetzen,
- den eingeschlagenen Kurs der einseitigen politischen Steuerung des Konsums zu beenden oder zu korrigieren, sowie die dirigistischen Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen wie z. B. Werbeverbote abzulehnen,
- die Rahmenbedingungen für Bewegungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen zu verbessern sowie außerschulische Sportaktivitäten zu fördern und in den Schulen die Einhaltung der verbindlich vorgeschriebenen Anzahl von Sportstunden sowie den Sportförderunterricht für Kinder und Jugendliche mit körperlichen Leistungsschwächen und sportmotorischen Defiziten in sinnvoller Weise zu gewährleisten.

Zu Nummer 3

In ihrem Antrag verweisen die Antragsteller ebenfalls auf den Bericht der Weltgesundheitsorganisation. Übergewicht begünstigt die Entstehung lebensgefährlicher Krankheiten, die jährlich Millionen von Menschen das Leben kosteten und nicht nur negative Auswirkungen für den Einzelnen sondern auch für die Volkswirtschaft bedeuteten.

Übergewicht finde seine Ursache in vielen, mindestens vier Faktoren: Fehlernährung, Bewegungsmangel, Veranlagung sowie sozialem Umfeld; bei Kindern und Jugendlichen spiele zudem das erzieherische Engagement der Eltern eine wichtige Rolle. Daher komme der ergänzenden Ernährungserziehung bereits im Kindergarten und in der Schule ebenso viel Bedeutung zu wie dem familieninternen Ernährungsverhalten. Von Mangelernährung betroffen seien auch Senioren. Ursache hierfür seien fremde Kost, insbesondere in Pflege- und Altenheimen, sowie eine wenig individuelle Ernährungsfürsorge des Pflegepersonals.

Begrüßt werde das verstärkte Engagement der Bundesregierung zur Bekämpfung von Fehlernährung in unserer Gesellschaft. Ziel müsse es aber sein, dass sich jeder ein hinreichendes Wissen über die Grundsätze von Ernährung und gesunder Nahrung aneigne, das ihn dazu befähige, Essen zu genießen und sich dabei ausgewogen und gesund zu ernähren. Begrüßt werde auch die Nichtumsetzung der ursprünglichen Forderung, die Industrie mit einer Zwangsabgabe zu belegen.

Die Bundesregierung wird deshalb u. a. aufgefordert,

- eine einheitliche Strategie zur Bekämpfung der Über- und Fehlernährung vorzulegen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen,
- die Verantwortlichkeiten der beteiligten Bundesministerien in diesem Bereich eindeutig festzulegen, ein federführendes Bundesministerium zu benennen und eine klare Koordination und Aufgabenteilung zwischen den Bundesministerien sicherzustellen,
- auf eine Koordinierung der fachlich kompetenten Einrichtungen außerhalb der Bundesregierung unter Einbeziehung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, des Forschungsinstituts für Kindernährung sowie aller ernährungs-, sportwissenschaftlichen und medizinischen Hochschulinstitute hinzuwirken,
- sich für eine dauerhafte Förderung des Breitensports sowie für mehr Bewegung und Sport bei Kindern und Jugendlichen einzusetzen und eine Koordinierung des schulischen Sportunterrichts und des Angebots des Deutschen Sportbundes und seiner Landesverbände sicherzustellen.

III. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 22. September 2004 die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben in ihren Sitzungen am 29. September 2004 jeweils die Annahme der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Zu Nummer 2

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 22. September 2004 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 29. September 2004 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat in seiner Sitzung am 29. September 2004 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und einigen Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Mehrheit der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 29. September 2004 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

Zu Nummer 3

Der **Sportausschuss** hat in seiner Sitzung am 22. September 2004 die Ablehnung der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** haben in ihren Sitzungen am 29. September 2004 jeweils die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Beratung der Vorlagen in seiner 47. Sitzung am 29. September 2004 abschließend behandelt.

Die **Koalitionsfraktionen** erklären, mit ihrem Entschlussesantrag werde die Initiative der Bundesregierung für mehr Bewegung und eine gesunde Ernährung ausdrücklich unterstützt.

Da die Grundlage für Fehlernährung und Übergewicht durch Bewegungsmangel und falsche Ernährung bereits in der Kindheit gelegt werde, sei ein frühzeitiges Gegensteuern dringend geboten. Die gesundheitlichen Auswirkungen dieses Verhaltens seien in der Regel nicht ausreichend bekannt. Krankheiten mit negativen Auswirkungen auf das

Berufsleben und eine sinkende Lebenserwartung seien die Folge.

Es sei damit von gesamtpolitischer Bedeutung, sich des Themas Übergewicht verstärkt anzunehmen, um negative Auswirkungen auf Lebensqualität, Sozialverhalten, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden zu verhindern.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßt grundsätzlich die Behandlung des Themas der Über-, Fehl- und Mangelernährung, bemängelt jedoch, dass die Aktion der Bundesregierung unkoordiniert sei und die Aktivitäten der Bundesländer nicht berücksichtigt worden seien. Von Mangelernährung seien zudem auch ältere Menschen betroffen.

Das Problem sei seit langem bekannt und viel zu spät aufgegriffen worden. Zudem sei die Aktion zu sehr auf Werbe- und Imagewirksamkeit ausgerichtet. Dies belege auch die Tatsache, dass das von der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Renate Künast, herausgegebene Buch unter dem Titel „Die Dickmacher“ das Konterfei der Ministerin auf der Titelseite zeige. Im Interesse der Betroffenen sollte deshalb auf eine Selbstdar-

stellung verzichtet und stattdessen eine gemeinsame Lösung aller Beteiligten angestrebt werden.

Auch die **Fraktion der FDP** begrüßt grundsätzlich die Behandlung des Themas, kritisiert allerdings, dass die Lösung des komplexen Problems falsch angegangen werde. Es sei wenig hilfreich, die Aktion von „oben“ zu steuern; vielmehr müsse das Verständnis und Verhalten der Bürger geweckt werden, damit sie sich aktiv durch Änderungen der Essgewohnheiten und mehr Bewegung beteiligten. Der Weg der Bevormundung sei mit den liberalen Gedanken der Eigenverantwortung nicht in Einklang zu bringen.

Von allen Fraktionen wurde abschließend auf die Debatte im Plenum am 17. Juni 2004 verwiesen.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP hat der Ausschuss die Annahme des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/3323 und die Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/3324 sowie des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/3310 empfohlen.

Berlin, den 29. September 2004

Gabriele Hiller-Ohm
Berichterstatlerin

Ursula Heinen
Berichterstatlerin

Ulrike Höfken
Berichterstatlerin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatler

